Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 5

Artikel: Von anderem Standpunkt aus gesehen
Autor: Wild, Otto
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334953

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Richter stehen zur Verfügung, und die «Schuldigen» werden wie tolle Hunde eingekerkert. So ungefähr sieht nach Röpke die Nachkriegszeit aus.

Man sollte meinen, Röpke hätte sich etwa auch schon Rechenschaft darüber abgelegt, warum *Kriege* entstehen? Dies scheint aber nicht der Fall zu sein, denn er spricht in großen Tönen von wirtschaftlicher Zusammenarbeit unter den kapitalistischen Staaten. Ja, wer ums Himmels willen trägt denn die Schuld am gegenwärtigen Morden? Sind es etwa die Arbeiter, die den Krieg verlangt haben, die nach Absatzmärkten und neuen Einflußgebieten gesucht haben? Oder ist es vielleicht die immer hungrige kapitalistische Gesellschaft, einige Schwerverdiener, die alles daransetzen, die ihre Strohmänner und Beamten ins Feuer schickten, um einen Krieg zu entfachen? Oder, um bei der Konsequenz zu bleiben, enthält denn nicht die momentane Mächtekonstellation bereits den Keim zum *dritten imperialistischen Weltkrieg* in sich? Was will, der Sieg vorausgesetzt, denn das «neue Europa»? Oder was will denn die «Atlantik-Charta»? Beide Erklärungen sind doch so klar und deutlich, daß es fast ein Blinder sehen muß. Sie wollen, diese wie jene, ihre Einflußsphäre erweitern, sich Absatzmärkte sichern, sich Profite sichern auf Kosten der andern. Man sieht jetzt schon, daß es eine Einigung unter den Kapitalisten nicht geben kann. Denn die Gegensätze zwischen England und Amerika, zwischen Deutschland und Italien, zwischen England und Deutschland, Deutschland und Amerika usw. sind vorhanden. Und da kommt nun Röpke und appelliert an die Vernunft der Kapitalisten. Gerade so, als ob sich Vernunft und Kapital paaren ließen! Wo eines ist, hat das andere keinen Platz. Wo Kapital ist, ist Krieg; wo die Vernunft ist, ist Revolution gegen das Kapital.

Es wird nicht allzulange gehen, und wir werden erkennen, daß dem so ist. Solche Diskussionen, wie sie von Röpke vom Zaun gebrochen wurden, taugen nur dazu, in den Köpfen der breiten Masse Verwirrung zu stiften. Gelingt das, dann hat der Artikel Röpkes freilich seinen Dienst voll und ganz erfüllt. Man sollte aber eine solch defaitistische Stimmung im Keime ersticken und mit aller Energie dagegen auftreten. Jedenfalls für die Arbeiter dürfen Röpkes Lehren keine Gültigkeit haben, wollen sie nach diesem Kriege nicht erneut in Krisen und Elend verwickelt werden.

Von anderem Standpunkt aus gesehen

Von Otto Wild, Stockholm.

Immer kommt es auf den Standpunkt an, von dem aus ein Problem gesehen wird. Wenn mehrere Experten, von verschiedenen Standpunkten ausgehend, eine Frage untersuchen, werden sie zu verschiedenen Ergebnissen kommen, obwohl jeder von seinem Standpunkt aus das Problem richtig sieht. Von Schweden aus gesehen, erscheint es nicht notwendig, nach dem Krieg die Grundlagen der Volkswirtschaft wesentlich zu verändern. Schweden hat in der Zwischenkriegszeit einen industriellen und sozialen Aufstieg erlebt, der es möglich gemacht hat, den Lebensstandard des

ganzen Volkes bedeutend zu erhöhen. Die große Weltkrise konnte in Schweden mit sozialpolitischen Maßnahmen und mit Notstandsarbeiten wirksam bekämpft werden. Darum ist es ganz natürlich, wenn man in Schweden damit rechnet, daß es nach diesem Krieg, sofern es nur gelingt, das Land außerhalb des Krieges zu halten, wieder so kommen wird wie nach dem ersten Weltkrieg: ein neuer Aufschwung des Wirtschaftslebens und in Verbindung damit weitere soziale Fortschritte. Es ist darum kein Wunder, wenn in Schweden bis weit hinein in die Kreise der Arbeiterbewegung jeder Gedanke an radikale Veränderungen der ökonomischen Struktur abgelehnt wird. Es ist auch begreiflich, daß man hier die vielen Projekte und Forderungen, die besonders in den Ländern der Alliierten eine völlige Umgestaltung des Wirtschaftslebens nach dem Krieg herbeiführen wollen, entweder als Utopien oder als Kriegspropaganda betrachtet, oder daß man sich hier mindestens skeptisch gegenüber diesen Nachkriegsplänen verhält.

Von andern Ländern aus gesehen, hat diese Frage doch ein ganz anderes Gesicht. Auch die USA haben die Arbeitslosigkeit der großen Krise mit Notstandsarbeiten bekämpft. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die innere Kaufkraft vergrößert werden muß, haben sie Milliarden für solche Notstandsarbeiten ausgegeben. Dennoch gab es in den USA zu Beginn dieses Krieges noch an die zehn Millionen Arbeitslose. Jedes der neuen Wasserkraftwerke, das in der Krisenzeit gebaut wurde, hatte die Produktionskraft um Hunderttausende Pferdestärken vergrößert. Die neuen Komunikationswege, die als Notstandsarbeiten geschaffen wurden, haben den Effekt der Produktion gesteigert. Die innere Kaufkraft war wohl vergrößert worden, gleichzeitig war jedoch auch die Produktionskraft gestiegen. Jetzt im Kriege erweist sich dies als ein Vorteil von allergrößter Bedeutung. Aber das Problem der Krise wurde in den USA nur teilweise gelöst. Nach Berechnungen des Handelsdepartements werden, auch wenn die Demobilisierung nur sehr vorsichtig und langsam erfolgt, in den USA mindestens zwölf Millionen Menschen, die jetzt in der Industrie ihren Lebensunterhalt verdienen, sofort nach dem Krieg arbeitslos sein. Eine solche Millionenarmee von Arbeitslosen ist ein Bleigewicht für die soziale Entwicklung. Sie behindert den gewerkschaftlichen Fortschritt, und sie bedroht sogar, wie man in Mitteleuropa gesehen hat, den Bestand der Demokratie. Für Amerika haben darum die jetzt diskutierten Nachkriegsprojekte eine ganz andere Bedeutung als für Schweden.

Es ist auch kein Zufall, daß die englischen Arbeiter, die immer zu den besonnensten und beinahe zu den konservativsten in der internationalen Arbeiterbewegung gehört haben, seit dem Jahre 1939 auf fast allen ihren Gewerkschafts- und Parteikongressen radikale Umgestaltungen des Wirtschaftslebens fordern. England hatte knapp vor Kriegsausbruch in den Zeiten der Konjunktur noch zwei Millionen Arbeitslose. In den Jahren der Krise hat man dort vier bis fünf Millionen Arbeitslose gezählt. Welches Ausmaß von Elend in diesen Ziffern steckt, wie niederdrückend für alle Zweige der Arbeiterbewegung solche Verhältnisse sind, das kann nur der ermessen, der selbst in einem Land mit solcher Massenarbeitslosigkeit gelebt hat oder wer als Arbeitsloser zu dieser Millionenarmee gehörte.

Nur wenn man sich in solche Verhältnisse hineindenkt, kann man begreifen, daß die englischen Arbeiter so schnell wie möglich eine wirtschaftliche Ordnung beseitigen wollen, die nach diesem Krieg aller menschlichen Voraussicht nach zu einer noch größeren Massenarbeitslosigkeit führen muß. Besonders die Verhältnisse im internationalen Warenaustausch waren für England unerträglich geworden. In den nach dem ersten Weltkrieg in Europa errichteten neuen Staaten waren Industrien entstanden, die nicht nur das eigene Land mit Waren versorgten, sondern auch auf Grund ihres niedrigen Geldwertes und der niedrigen Lebenshaltung ihrer Arbeiterschaft auf dem Weltmarkt die Preise drückten. Japan und Deutschland betrieben einen zielbewußten Wirtschaftskrieg durch Unterbietung der Preise für Industrieprodukte. Für viele Exportartikel war der Weltmarktpreis unter die Selbstkosten der Engländer gesunken. Mit Hilfe von Exportprämien und Subventionen sorgten alle Regierungen dafür, daß der Handelskrieg weitergeführt werden konnte. Die Kosten des Handelskrieges hatten die Arbeiter zu tragen. Alle ihre Forderungen wurden mit dem Hinweis abgefertigt, daß die Konkurrenzfähigkeit erhalten werden muß. In den am Handelskrieg beteiligten Ländern war für Sozialpolitik kein Geld vorhanden. Aber es war immer Geld vorhanden für Exportprämien, für direkte und indirekte Subventionen an die Industrie. Es war immer Geld vorhanden zur Unterstützung privater Unternehmer, die eine neue Industrie gründen wollten, von der man glaubte, daß sie beitragen kann, die Handelsbilanz auszugleichen, oder daß sie im geeigneten Moment auf die Erzeugung von Kriegsrüstung umgestellt werden kann. Der Handelskrieg hatte für viele Länder zu der unsinnigen Situation geführt, daß sich die Regierungen bemühten, auf Kosten der Lebenshaltung des eigenen Volkes, das Ausland mit billigen Waren zu versorgen. Daß heute in einigen Ländern für den wirtschaftlich schwachen Teil der Bevölkerung wichtige Nahrungsmittel vom Staat verbilligt werden, wird nur als Kriegsmaßnahme geduldet. Konservative Kreise fordern jetzt schon, daß diese Einrichtung des Staates sofort nach dem Krieg wieder beseitigt wird. Aber daß mit staatlichen Geldern die für das Ausland bestimmten Waren verbilligt werden, das haben dieselben Kreise immer als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Die radikalen Projekte und Forderungen der englischen Arbeiter zur Umgestaltung des Wirtschaftslebens basieren jedoch auch auf der während des Krieges fast täglich neu erlebten Steigerung der Produktivität. Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen den großen Industriestaaten wurde verschärft durch die steigende Produktionskraft. Deutschland allein war imstande, die ganze Welt mit einer Reihe von Erzeugnissen besonders der chemischen Produktion zu versorgen. Für einzelne Artikel besaß Deutschland das Weltmonopol, für andere Waren wurde das Weltmonopol erstrebt. Die Leistungsfähigkeit der Produktion wurde während des Krieges besonders in den kriegführenden Ländern in einem Ausmaß gesteigert, das diesen wirtschaftlichen Gegensatz verschärfen muß. Bei einer Rückkehr zu Vorkriegsverhältnissen wären die USA allein imstande, die ganze Welt mit Werkzeugmaschinen, mit Flugzeugen, mit Automobilen und mit

Schiffen zu versorgen. Die chemischen Industrien in den angelsächsischen Ländern, die schon vor dem Krieg ganz beträchtlich waren, sind zu enormem Ausmaß angewachsen. Wenn alle diese Produktionskräfte nach dem Krieg der Waffen wieder zum Wirtschaftskrieg losgelassen werden sollten, wäre an eine Hebung des Lebensstandards der Arbeiter nicht zu denken. Man müßte im Gegenteil damit rechnen, daß die Lebenshaltung der asiatischen Kulis für Arbeiter allgemein würde. Und dies alles nur deshalb, weil in der bisherigen Wirtschaftsordnung nur ein Teil dessen gekauft werden kann, das mit dem vorhandenen Produktionsapparat erzeugt werden könnte. Nur wenn all dies in Betracht gezogen wird, kann man in einem neutralen Land mit guten ökonomischen Verhältnissen begreifen, daß in England und in Amerika nicht nur die Arbeiter, sondern auch einzelne Männer der Großfinanz und bürgerliche Politiker der Überzeugung sind, daß eine Rückkehr zu der von Spekulations- und Gewinninteressen geleiteten Wirtschaftsordnung nicht möglich ist. Wobei man allerdings beachten muß, daß viele der Nachkriegsprojekte die alte Wirtschaftsordnung nur dem Aussehen, nicht aber dem Wesen nach verändern wollen. Sie wollen den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen.

Vom zentraleuropäischen Standpunkt aus sehen die Friedensprobleme ganz anders aus, als vom Norden oder Westen. Vor allem geben die bisherigen Erfahrungen die absolute Gewißheit, daß, wenn die vorhandenen Fabriken wieder für Gewinninteressen arbeiten sollen und wenn der Konkurrenzkampf auch international weitergeführt wird, ein neuer Weltkrieg unvermeidlich ist, ganz gleich, wer die Industrie in Europa besitzt. Auch dann, wenn die ganze Industrie Europas ebenso billig, wie sie von den gegenwärtigen Besitzern erworben wurde, nun in den Besitz von englischen und amerikanischen Unternehmern gelangen sollte. Es wäre nicht das erstemal, daß Unternehmer Kanonen gegen ihr eigenes Vaterland erzeugen. Es gibt nur einen Weg, den dritten Weltkrieg zu vermeiden. Der ganze Außenhandel, der ohnehin schon seit langem von den Regierungen betreut wird, müßte zum Staatsmonopol werden, und die Staatsmonopole der angeschlossenen Länder müßten, mit Ausschluß aller Gewinninteressen, eine internationale Warenaustauschzentrale bilden, von der aus die Verteilung der Ausfuhrüberschüsse aller angeschlossenen Staaten geleitet wird. Für die Bewahrung des kommenden Friedens ist nicht nur eine militärische Friedenssicherung notwendig, sondern auch eine ökonomische.

Staatliche Außenhandelsmonopole haben jedoch eine neue Industriepolitik zur Voraussetzung. Zur Ausfuhr darf nur gelangen, was über den Eigenbedarf des Landes hinausgeht. Vor allem ist es notwendig, die innere Kaufkraft zu erhöhen. Das ist möglich durch Sozialpolitik und durch staatliche Investitionen für Anlagen zur Verarbeitung vorhandener Rohstoffe und für Einrichtungen, die den allgemeinen Lebensstandard erhöhen. Dazu gehören auch Anlagen, die den Bauern und besonders deren Frauen die Arbeit erleichtern. Hochmoderne hygienische Ställe für das Vieh des ganzen Dorfes, Maschinen und Geräte, die ohne Gewinn vermietet werden, Saatzuchtanstalten, Hühnerbrutanstalten und dergleichen.

Eine solche Politik hat jedoch auch zur Voraussetzung, daß sie international vereinbart und kontrolliert wird. Denn trotz aller Sozialpolitik

und aller Erhöhung des Lebensstandards werden bald wieder Produktionsüberschüsse entstehen, die das ökonomische Gleichgewicht stören. Es müßte darum eine internationale Instanz, am besten das Internationale Arbeitsamt, mit der Aufgabe betraut werden, mit Gesetzeskraft verfügen zu können, daß in diesem Fall die Arbeitszeit für alle angeschlossenen Staaten allgemein verkürzt wird. Das Internationale Arbeitsamt wird auch Normen für jenen erhöhten Lebensstandard festsetzen können, der allgemein die Grundlage des ökonomischen Lebens zu bilden hat und der die Voraussetzung sein muß für die Zulassung zur Teilnahme am internationalen Warenaustausch.

Es wird vielleicht merkwürdig erscheinen, daß gerade die Arbeiter, die heute noch am meisten entrechtet sind, die kein freies Wort sagen dürfen, ohne ihr Leben zu riskieren, die nicht einmal hören dürfen, was in der Welt vorgeht, Ziele haben sollen, die in demokratischen Ländern mit politischer und wirtschaftlicher Ordnung utopisch erscheinen. Aber gerade das Erleben der beiden Weltkriege und all dessen, was dazwischen lag, hat denen, die heute noch vom Henkerbeil bedroht sind, gezeigt, daß es keinen andern Weg zum dauernden Frieden gibt. In der übrigen Welt werden die Kriege und die Erschütterungen, die Europa seit 1918 erlebt, meist auf Personen und auf persönliche Eigenschaften zurückgeführt, auf dunkle Mächte, die in jenen Personen verkörpert sind und von denen die Welt befreit werden muß. So richtig es auch ist, daß die Welt von ihnen befreit werden muß, so weiß gerade der bewußte Teil der Arbeiterschaft, der am meisten unter ihnen zu leiden hat, daß diese Personen nur Werkzeuge sind. Wie groß ist doch Mussolini noch vor einigen Monaten der Welt erschienen, und wie klein ist er heute seinem eigenen Lande, das er zwanzig Jahre lang mit Cäsarengewalt beherrscht hat. Es gibt noch viele Mussolinis. Für die künftige Entwicklung ist es geradezu eine Gefahr, immer nur persönlich Schuldige in den Vordergrund zu schieben. Der wirklich Schuldige ist das System, das ohne Weltkrisen, ohne Weltkriege nicht mehr funktionieren kann, und das darum ersetzt werden muß durch ein anderes, besseres, das ohne diese Begleiterscheinungen funktioniert. Daß dieses andere System heute, von manchen Ländern aus gesehen, utopisch erscheint, sagt nichts dagegen. Wir sind umgeben von sozialen Einrichtungen, die vor noch nicht langer Zeit Utopien waren. Auch unser Radioapparat war vor dreißig Jahren eine Utopie, und das Flugzeug noch vor vierzig Jahren.

Von Mitteleuropa aus sieht man sich näher dieser Utopie, weil sie nach dem Krieg mit einem einzigen Schritt zu verwirklichen sein wird, und weil der Weg zurück zur früheren Wirtschaftsordnung ins Chaos führt und unweigerlich einen dritten Weltkrieg zur Folge haben muß.